Sabine Meyer, Regiestelle E&C

Panel IV: Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation

Präsentationen

1. Lasse Siurala, City of Helsinki, Finnland
2. Vera Bethge / Claudia Krause, Berlin Neukölln, Bundesrepublik Deutschland
3. Bernd Kammerer, Stadt Nürnberg, Bundesrepublik Deutschland
4. Hans-Joachim Schild, Europäische Kommission, GD Bildung und Kultur, Brüssel, Belgien

Zusammenfassung der Ergebnisse der Diskussion

Dieses Panel beschäftigte sich zum einen mit verschiedenen europäischen Strategien, die die Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation im Blick haben und zum anderen wurde die Thematik aus dem Blickwinkel lokaler, kommunaler und europäischer Strategien betrachtet.

So stellten Lasse Siurala aus der finnischen Hauptstadt Helsinki und Bernd Kammerer aus der deutschen Stadt Nürnberg kommunale Strategien zur Stärkung der Zivilgesellschaft vor. Vera Bethge und Claudia Krause beschrieben zwei lokale Projekte, die im Berliner Bezirk Neukölln (Bundesrepublik Deutschland) durchgeführt wurden. Hans-Joachim Schild von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur gab einen Überblick über die Strategien der Europäischen Union insbesondere im Hinblick auf Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen.

In der Diskussion wurde deutlich, dass eine Verzahnung von lokalen, kommunalen, nationalen und europäischen Strukturen notwendig ist, damit Kinder, Jugendliche und ihre Familien die Möglichkeiten zur umfassenden Partizipation in den demokratischen Strukturen erhalten. Dabei ist insbesondere die lokale Ebene der wichtigste Ansatzpunkt für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Damit diese jungen Menschen erreicht werden können, damit diese ihre Möglichkeiten kennen lernen, ist es notwendig, innovative Ideen und Angebote zu entwickeln, um sie anzusprechen und in demokratische Prozesse einzubinden.

Partizipation muss sich dabei verschiedener Strategien bedienen. So müssen sowohl Top-down als auch Bottom-up-Strategien implementiert werden, damit sich partizipative Prozesse umfassend entwickeln und nachhaltig etablieren können und die Voraussetzungen für eine aktive Staatsbürgerschaft gegeben sind.

Die lokale Ebene hat eine besondere Bedeutung, wenn es darum geht, benachteiligte Kinder und Jugendliche zu erreichen. So ist es notwendig, dass Jugend- und Sozialarbeiter/innen kontinuierlich in diesen Gebieten wirken können, damit ein Klima des Vertrauens entstehen kann. Diese jungen Menschen im Rahmen ihrer Lebenswelten zu aktivieren, ist der erste Schritt für Partizipation. Die Beispiele aus Berlin-Neukölln – eine Jugendstraße, die verschiedene Angebote für Kinder und Jugendliche entwickelt hat und ein Kiez-Café, das aus einem Sommeraktionsprogramm entstanden ist und nun genau an den Bedarfen der Bewohner/innen ansetzt – sind hervorragende Beispiele für eine lokale Aktivierung, die zu nachhaltigen Beteiligungsmöglichkeiten führt. Um diese Prozesse fortwährend unterstützen und begleiten zu können, bedarf es hauptamtlicher Mitarbeiter/innen, die dafür kompetent sind.

Die städtischen Strategien aus Helsinki und Nürnberg setzen an bereits vorhandenen Strukturen an. In Helsinki wird eng mit Schulen und auch Jugendzentren zusammengearbeitet. Über diese Strukturen haben sich beispielsweise regionale Jugendräte etabliert, die in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Bei der Betrachtung der Gruppe benachteiligter Kinder und Jugendlicher fiel auf, dass sich auch gerade die Zielgruppe der Schulverweiger/innen durch dieses Angebot in den Schulen wieder in den Schulalltag integrieren ließ. Aus Nürnberg wurden neben den partizipativen Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche – Kinderversammlungen, Partizipation in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Partizipation bei der Jugendhilfeplanung – auch das Bündnis für Familie vorgestellt. Es wurde deutlich, dass der Einbezug der Familien eine wichtige Ressource für die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist.

Das Internet bietet auf allen Ebenen (lokal, kommunal, national und europäisch) eine gute Möglichkeit zur Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Allerdings müssen hier insbesondere auf lokaler Ebene Möglichkeiten vorhanden sein, Zugang zum Internet zu haben und vor allem auch die Nutzung dieses Mediums vertraut sein bzw. vertraut gemacht werden. Die Angebote müssen ansprechend gestaltet sein, qualifiziert betreut werden und den partizipativen Charakter ernst nehmen.

Auf der Ebene der Europäischen Union werden im Rahmen des Programms JUGEND verstärkt Angebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche geschaffen. In allen Maßnahmen soll diese Zielgruppe integriert werden.

Der Europarat hat das Jahr 2005 zum „Jahr der Staatsbürgerschaft durch Bildung“ erklärt. Damit soll auf die Relevanz von Bildung für die Zivilgesellschaft und für die Qualität der Teilhabe von Bürgern/innen an einer demokratischen Gesellschaft aufmerksam gemacht werden. Festzuhalten ist, dass die europäische Politik derzeit (noch) kein Mandat für familienpolitische Aktivitäten hat. An dieser Stelle sollten Überlegungen erfolgen, damit die politischen Ebenen auch wirklich verzahnt im Sinne einer ganzheitlichen Politik wirken können.

Des Weiteren wurde eine breite Themenpalette diskutiert, die im folgenden kurz umrissen wird:

- Es müssen dauerhafte Strukturen zur Beteiligung etabliert werden.
- Macht und Verantwortung muss Kindern und Jugendlichen zugetraut werden.
- Entscheidungsprozesse müssen partnerschaftlich und miteinander stattfinden.
- Neben Aktivierung und Beteiligung müssen Möglichkeiten geschaffen werden, auch benachteiligte (junge) Menschen in die Prozesse der repräsentativen Demokratie einzubinden.
- Für benachteiligte junge Menschen müssen neben den Bildungsressourcen auch finanzielle Ressourcen bereit gestellt werden, damit eine aktive Mitarbeit erfolgen kann (z.B. Fahrtkosten, Kommunikationskosten).
- Beteiligung lernen bedeutet nicht nur, dass Kinder und Jugendliche hier Angebote benötigen, sondern dass auch die Erwachsenen, die Professionellen aus der Jugend- und Sozialarbeit, den Schulen, aus der Politik und auch die Eltern lernen, wie Partizipation erfolgreich gestaltet werden kann.
- Das Internet muss verstärkt für demokratische Prozesse genutzt werden. Internetportale von öffentlichen Institutionen müssen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und Beteiligungsmöglichkeiten offerieren und sich auch konsequent in diesen Dialog begeben. Die Angebote müssen Kinder und Jugendliche ansprechen. Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass es eine Vielfalt an Internetportalen gibt, die den Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zur Verfügung stehen.
- Informationen müssen sowohl für Kinder und Jugendliche, als auch für die Multiplikatoren/innen leicht zugänglich sein.
- Beteiligung muss auch kreative Methoden nutzen, damit mehr Kinder und Jugendliche angesprochen werden.
- Es müssen win-win-Situationen geschaffen werden.
- Beteiligung muss ganzheitlich betrachtet werden.
- Erwachsene müssen den Kindern und Jugendlichen auf gleicher Augenhöhe begegenen.
- Die Offenheit und Transparenz der demokratischen Prozesse müssen immer wieder überprüft werden.
- Nichtregierungs-Organisationen (NRO) müssen in diesem Prozess gestärkt werden und es müssen dafür dauerhafte Strukturen vorhanden sein.
- Die Angebote müssen beide Geschlechter ansprechen. So muss auch hier sensibel geschaut werden, wie es gelingt, partizipative Strukturen geschlechtergerecht zu gestalten.
- Alle diese Prozesse brauchen Zeit und sind in ihrem ganzen Umfang nicht kurzfristig zu etablieren.